

Newsletter 8/2022

Liebe Attac-Mitglieder und -Interessierte in Hamburg und Umgebung,

wir möchten euch auf vielfältige Aktivitäten und Veranstaltungen in den nächsten Wochen hinweisen, über Vergangenes und längerfristige Projekte informieren sowie aktuelle Entwicklungen in verschiedenen Bereichen beleuchten.

Sozialökologische Transformation: Ohne Verkehrswende geht es nicht

9-Euro-Ticket weiterfahren! Entlastung, Mobilität und Klimaschutz

Eine Initiative für den Erhalt des 9-Euro-Tickets und den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), das von [Attac Deutschland](#) unterstützt wird, hat für den 27. August 2022 zu einem bundesweiten Aktionstag aufgerufen.

Forderungen

1. Wir wollen das 9-Euro-Ticket dauerhaft behalten, für den öffentlichen Nahverkehr im ganzen Land.
2. Wir wollen, dass die Regierung massiv investiert in Bus und Bahn, in mehr Personal zu guten Bedingungen.
3. Wir wollen, dass die Haushaltsmittel umgeschichtet werden: Mobilität für alle finanzieren, statt Autoverkehr fördern.

Der Aufruf kann auf der [Website](#) der Initiative unterzeichnet werden.

Für eine klimagerechte Mobilität für alle setzt sich seit einigen Jahren auch die Kampagne [einfach.umsteigen](#) von Attac Deutschland ein.

Zum Auftakt des Aktionstags findet **in Hamburg am 26. August 2022 um 16 Uhr eine Demonstration auf dem Jungfernstieg** statt. Attac Hamburg hat den [Aufruf](#) dazu unterzeichnet.

9-Euro-Ticket forever

Mit der Einführung des 9-Euro-Tickets hat die Bundesregierung einen richtigen Schritt gemacht: hin zu einer sozialen und ökologischen Verkehrswende, hin zu mehr bezahlbarer und umweltschonender Mobilität! Volle Busse und Bahnen in Hamburg und der ganzen Republik machen deutlich: Das Bedürfnis nach freier Mobilität ist da! Nur die Infrastruktur hinkt hinterher und muss ausgebaut werden: Wir brauchen höhere Takte, mehr Bahnen, bessere Anbindung.

Das 9-Euro-Ticket darf aber vor allem kein einmaliges Strohfeuer bleiben – wir brauchen eine dauerhafte Lösung. Unser Ziel ist daher: öffentlicher Personennahverkehr auf Dauer günstig, 9-Euro-Ticket forever! Zumindest so lange, bis die Grundlagen für einen kostenlosen ÖPNV geschaffen sind. Damit dauerhaft Menschen vom Auto in den ÖPNV umsteigen und ihre Gewohnheiten ändern, braucht es einen längeren Atem als drei Monate. Aber in der aktuellen Situation zeigt sich auch: Ein solches Ticket ist nicht nur unter Klima-Aspekten sinnvoll, es dient ganz unmittelbar der gesellschaftlichen Teilhabe und der finanziellen Entlastung vieler Menschen. Inflation, Teuerung, die drohende Explosion von Heiz- und Nebenkosten machen schon jetzt zahlreichen Hamburgerinnen und Hamburgern zu schaffen. Im kommenden Winter wird sich diese Situation zuspitzen – umso wichtiger, dass wir nicht auch noch Unsummen für steigende HVV-Tickets ausgeben müssen!

Die Finanzierung dürfte ein geringes Problem sein, da das Ticket allein über den Abbau von Subventionen für die Auto-Industrie und für fossile Brennstoffe ohne Schwierigkeiten gegenfinanziert werden könnte. Darüber hinaus ist ohnehin eine Umverteilung der Steuerlast in Richtung der großen Vermögen angebracht – zusätzlich zur Übergewinnsteuer.

Es gibt viele gute Gründe, die neu gewonnene Bewegungsfreiheit nicht als Drei-Monats-Fliege verpuffen zu lassen!

Gesundheit

Neues Sparpaket im Gesundheitswesen

Das von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach vorgelegte Sparpaket zum Ausgleich des Milliardendefizits in der gesetzlich Krankenversicherung (GKV) wurde Ende Juli 2022 vom Bundeskabinett gebilligt. Das sogenannte GKV-Finanzstabilisierungsgesetz sieht unter anderem die Streichung der Neupatientenregelung vor, die Lauterbach selbst bei ihrer Einführung im Mai 2019 begrüßt hatte. Er begründet die Streichung damit, dass sie nicht bewährt habe. Dem widersprechen einige Kassenärztliche Vereinigungen und Ärzteverbände. Dr. Stephan Hofmeister, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), stellt fest: „Der Minister behauptet, die Neupatientenregelung habe nichts gebracht. Das stimmt einfach nicht.“ Er verweist auf eine Auswertung des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland

(ZI). In einer Medieninformation vom 27. Juli 2022 heißt es, dass „mehr als jede:r vierte gesetzlich versicherte Patient:in von der Regelung begünstigt wurde: Im vierten Quartal 2021 wurden in den Praxen 20 Mio. Neupatient:innen behandelt“. Das sei ein Anstieg um zwölf Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2019. Und nicht nur in diesem Punkt trifft Lauterbach nicht die Tatsachen. So behauptet er, dass es nicht möglich sei festzustellen, wer Neupatient/-in sei. Laut ZI sei das jedoch definiert: „Als ‚neu‘ gelten Patienten, die weder im aktuellen noch in den acht vorangegangenen Quartalen in der jeweiligen Praxis waren.“ Die Regelung wird zwei Jahre nach Gründung beziehungsweise Übernahme einer Praxis wirksam.

Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der KBV, kommentiert die Streichung wie folgt: **„Die Maske ist gefallen. Karl Lauterbach will die Versorgung der Bürger einschränken. Dieses Gesetz ist ein Schlag ins Gesicht der Patientinnen und Patienten in Deutschland. Und das müssen wir den Menschen auch so sagen.“**

Weiterhin sieht das Sparpaket vor, dass Teile der in Krankenhäusern Beschäftigten nicht mehr im Pflegebudget berücksichtigt werden sollen. Damit werden den Krankenhäusern 375 Millionen Euro entzogen. Das werde für die Krankenhäuser und die Pflege zu enormen Problemen führen: „Im Extremfall würde dieses Gesetz dazu führen, dass bis zu 20.000 Arbeitsplätze gefährdet wären. Ein Wahnsinn angesichts des Personalmangels. Somit bleibt das politische Handeln des Ministers in diesem Stil absolut inakzeptabel. Zum einen erkennt er zwar die extremen wirtschaftlichen Belastungen der Krankenhäuser, treibt sie aber zum anderen weiter in finanzielle Probleme. Ihm ist natürlich die schwierige Lage auf dem Pflege-Arbeitsmarkt bewusst, trotzdem gefährdet er weiter den Personalbestand. Stattdessen sind entschiedene politische Schritte zum Personalaufbau und zur Entlastung notwendig, um den Personalmangel in der Pflege nachhaltig anzugehen“, meint Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG).

Es ist damit zu rechnen, dass die Zusatzbeiträge steigen. Das IGES Institut geht von einer Steigerung „um etwa 0,4 Prozentpunkte“ aus.

Der Bundesverband der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) kommt ebenfalls zu einem vernichtenden Urteil: „Die AOK-Gemeinschaft hält das Maßnahmenpaket insgesamt für vollkommen ungeeignet, die kurz- und mittelfristigen Finanzprobleme der GKV zu lösen. Zwar werde auf Leistungskürzungen und höhere Eigenbeteiligungen verzichtet, was besonders vulnerable Gruppen getroffen hätte. Aber die Hauptlast müssen die Beitragszahlenden tragen. ‚Das ist eine fundamentale Ungerechtigkeit gegenüber unserer Solidargemeinschaft und gefährdet die Funktionsfähigkeit der gesamten GKV‘, so Hoyer [stellvertretender Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbands]. Über die Erhöhung der Zusatzbeiträge (4,8 Milliarden Euro), das fast vollständige Abschmelzen der verbliebenen Kassenrücklagen (4 Milliarden Euro), den weiteren Abbau der Liquiditätsreserve (2,4 Milliarden Euro) sowie die Aufnahme eines von den Beitragszahlenden zurückzuzahlenden Darlehens des Bundes (1 Milliarde) sollen auf der Einnahmeseite rund 12 Milliarden Euro zusätzlich generiert werden.“

In dem Gesetzentwurf nicht enthalten sind Maßnahmen, die tatsächlich zu einer Erhöhung der Einnahmen der GKV führen, so dass eine bedarfsgerechte Versorgung gewährleistet werden könnte: die Beseitigung der Erlaubnis, im Gesundheitswesen Gewinne zu erzielen, die Abschaffung der Fallpauschalen, die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen.

Quellen

- ▶ [Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung](#)
- ▶ [GKV-Spargesetz: Bundeskabinett billigt Lauterbachs Entwurf](#) (Deutsches Ärzteblatt)
- ▶ [GKV-Finanzbedarf: Große Lücken drohen spätestens ab 2024](#) (IGES Institut)
- ▶ [Pläne der Bundesregierung zur Abschaffung der Neupatientenregelung werden Kassenpatient:innen den Zugang zu ärztlicher Versorgung erschweren](#) (ZI)
- ▶ [„Schlag ins Gesicht der Patientinnen und Patienten“](#) (KBV)
- ▶ [Zahlen und Fakten zur Neupatienten-Regelung des Terminservice- und Versorgungsgesetzes \(TSVG\) von 2019](#) (ZI)
- ▶ [Trotz Personalmangels gefährdet Lauterbach Arbeitsplätze in der Pflege](#) (DKG)
- ▶ [„Das Maßnahmenpaket destabilisiert die gesetzliche Krankenversicherung“](#) (AOK)

Patente auf Covid-19-Produkte

Von einer einigermaßen gleichmäßigen Verteilung von Medikamenten und Impfstoffen kann weiterhin nicht die Rede sein. Die Welthandelsorganisation hat sich nach fast zweijährigen Verhandlungen zu einer „Lösung“ durchgerungen. Im Folgenden dokumentieren wir eine Einschätzung der BUKO Pharma-Kampagne.

Rückschritte beim Zugang zu Arzneimitteln und minimale Verbesserungen

Am 17.6.2022 beschloss die Welthandelsorganisation (WTO) Änderungen bei den geistigen Eigentumsrechten lediglich für Covid-19-Impfungen. Sie bringen für den Globalen Süden jedoch nicht die erhofften Erleichterungen. Eine Niederlage für den gerechten Zugang zu Arzneimitteln und ein Sieg für Big Pharma.

Fast zwei Jahre ist es her, dass Indien und Südafrika bei der WTO die befristete Aussetzung geistiger Eigentumsrechte für Covid-19-Produkte vorschlugen (TRIPS Waiver). Das Ziel: Eine möglichst breite und kostengünstige Produktion von Impfstoffen, Medikamenten und Tests in der Pandemie. Der Antrag war auch aus dem Frust des Globalen Südens geboren, dass die Versprechen führender PolitikerInnen aus Industrieländern, Impfstoffe und Medikamente müssten allen Menschen auf der Welt zur Verfügung stehen, sich als leere Phrasen erwiesen. Die reichen Staaten waren weder willens dafür zu sorgen, dass freiwillige Lizenzen für benötigte

Produkte zur Eindämmung von Covid-19 in einen Patentpool kommen, noch waren sie zu anderen substanziellen Zugeständnissen bereit. Lediglich Geld für den Kauf von Impfungen wurde über die öffentlich-private Initiative „Covax“ zur Verfügung gestellt,^[1] aber das kam viel zu spät und war viel zu wenig – auch weil der Globale Norden den durch Patentschutz künstlich verknappten Impfstoffmarkt bereits leergekauft hatte. Da Covax zu Preisen deutlich über den Herstellungskosten einkauft, tragen zudem Steuermittel direkt zur Erhöhung der Gewinne großer Pharmakonzerne bei.

Hinhaltetaktik

Es dauerte von Oktober 2020 bis Juni 2022, bis sich die WTO überhaupt zu einem Beschluss durchrang. Das hatte mit dem massiven Widerstand einiger reicher Staaten zu tun, darunter die EU – allen voran Deutschland – Großbritannien und die Schweiz. In der WTO wird einstimmig entschieden, das machte den wenigen Ländern, in denen die größten Pharmafirmen sitzen, die Blockade leicht.

In einer Nachtsitzung, die am 17.6.2022 um fünf Uhr morgens endete, wurde dann zwar eine Entscheidung getroffen, sie hat aber nichts mehr mit dem von Südafrika und Indien eingebrachten Entwurf für einen Waiver gemein. Obwohl formell ein Beschluss gefasst wurde, löst dieser die Probleme des ungerechten Zugangs zu Impfungen, Medikamenten und Tests nicht.

Der ganze Prozess war letztlich ein Scheitern mit Ansage. Ein Jahr nach dem Waiver-Vorstoß des globalen Südens brachte die EU im Oktober 2021 einen Gegenvorschlag ein, der sich auf kleinere Korrekturen am bestehenden Regelwerk zu Zwangslizenzen beschränkte, statt eine grundsätzliche Aussetzung von Patenten und anderen Schutzrechten im Zusammenhang mit Covid-19 zu ermöglichen. Die Entscheidungen auf der WTO-Ministerialkonferenz orientieren sich nun weitgehend an diesen EU-Vorschlägen, die die Probleme nicht lösen. 223 kritische Gruppen aus aller Welt (darunter auch die Pharma-Kampagne) hatten in den Tagen vor der Entscheidung vor einem faulen Kompromiss gewarnt – lieber kein Waiver als dieser Entwurf.

[Weiterlesen](#)

Mitmachen bei Attac Hamburg

Monatsplenum: Mittwoch, 24. August 2022, 19.15 Uhr, Attac-Büro, Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

AG Gesundheit: Donnerstag, 25. August 2022, 19 Uhr, Attac-Büro, Werkstatt für internationale Kultur und Politik, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

Veranstaltungshinweise

Dienstag, 9., bis Montag, 15. August 2022
System Change Camp

Aufruf

Jetzt raus aus allen fossilen Energien!

LNG-Terminals verhindern und neokoloniale Ausbeutung beenden!

Aufruf zu Camp und Massenaktion in und um Hamburg vom 09.08. - 15.08.22

Mehr Infos und Updates zum Camp und den Aktionstagen von allen beteiligten Gruppen [hier](#)

FOSSILES ROLLBACK? JETZT REICHT'S!

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine ist Energieversorgung das große Thema. Doch statt einen sofortigen Gasausstieg voranzutreiben, pusht die Bundesregierung Milliarden an Investitionen in Flüssiggas (LNG) und fossile Infrastruktur von vorgestern. Das ist eine Kampfansage an alle, die für Klimagerechtigkeit kämpfen und die schon jetzt von Klimakrisen betroffen sind. Denn LNG zu importieren heißt die Klimakrise massiv anzuhetzen und unmittelbare koloniale Gewalt fortzusetzen. Fossile Energien sind Kriegsenergien. Wir erleben gerade ein massives fossiles und atomares Rollback. Atomkraft und Gas kriegen ein grünes Label verpasst und sogar der hart erkämpfte, viel zu späte Kohleausstieg soll rückgängig gemacht werden, wenn Gas knapp wird. Wir stellen uns mit aller Kraft dagegen und verhindern den Ausbau von Infrastruktur für dreckiges Gas.

GAS-AUSSTIEG STATT GAS-LOCK-IN!

Die Bundesregierung schließt zwielichtige Langzeitlieferverträge für besonders klimaschädliches Flüssiggas und sorgt über Nacht dafür, dass die Küsten mit LNG-Terminals und Pipelines zugesperrt werden können. Mit einem wahnwitzigen Beschleunigungsgesetz werden wichtige Umweltprüfungen ohne mit der Wimper zu zucken über Bord geworfen. Doch, dass Gas sauber und alternativlos ist, ist nichts als eine dreckige Lüge. Denn das Methan im Gas ist ein noch krasserer Klimakiller als CO₂ und ein Brandbeschleuniger der Klimakrise. Dabei sagt selbst der Weltklimarat, dass uns nicht einmal mehr drei Jahre bleiben, das Ruder herumzureißen. Jetzt ist der Zeitpunkt zu handeln, bevor bei der Gas-Infrastruktur Fakten geschaffen werden. Lasst uns diese Absurdität sofort beenden!

[...]

Auch in und um Hamburg werden wir mit vielfältigen Aktionen zivilen Ungehorsams in diesem Sommer die fossilen und neokolonialen Verhältnisse stören. Neben den Terminalstandorten steht der Hamburger Hafen bis heute für kolonialen Ausbeutungshandel, ist Drehscheibe für Waffenhandel,

Atomtransporte und Umschlagplatz für Rohstoffe und Blutkohle aus aller Welt. Dem setzen wir unsere Visionen von einer solidarischen Gesellschaft und alternativen Wirtschaftsmodellen wie Degrowth entgegen. Bezahlbare und gerechte Energie haben wir nur dann, wenn sie erneuerbar ist und wir ohne Konzerne und Kapitalismus global selbst darüber bestimmen. Wir fordern eine radikale Wärmewende. Wir zeigen, dass wir 100 Milliarden bessere Ideen haben, als Geld in Krieg, Waffen, Gas und weitere klimaschädliche Infrastruktur zu investieren.

Programm

Ort: Elly-See-Straße, 22547 Hamburg (am Volkspark: [Karte](#))

Veranstalter: Ende Gelände und etwa 40 weitere Gruppen und Organisationen

Filmseminar gegen Austerität der Gruppe International solidarisch - Schluss mit Austerität

Mittwoch, 17. August 2022
Waltz with Bashir

Comicfilm, Regie: A. Folman, ISR 2008, 87 Minuten, deutsche Fassung

Einladung

Der Krieg ist die hässlichste Form der Negation menschlicher Entwicklung. Das wird nicht zuletzt an den psychomentalen Deformationen deutlich, die er bei jenen hinterlässt, die dafür bezahlt und herangezogen werden, ihn zu führen, in ihm zu töten und sich in ihm töten zu lassen – den Soldaten.

Im Juni 1982 begann Israel den ersten seiner mittlerweile unzähligen völkerrechtswidrigen Angriffskriege gegen einen arabischen Nachbarstaat und marschierte im Libanon ein. Es war der grausame Versuch, mit militärischer Unterstützung der südlibanesischen Armee und der faschistoiden Milizen der christlich-maronitischen Falangisten um Bashir Gemayel, den Libanon von palästinensisch-syrischem Einfluss zu „säubern“ und ein rein proisraelisches Regime in dem seit Jahrzehnten unter schwierigsten Bedingungen notdürftig stabilisierten, multireligiösen Vielvölkerstaat zu installieren.

Der spätere Filmemacher Ari Folman war damals als 19-jähriger, zum Wehrdienst eingezogener Soldat an den israelischen Kampfhandlungen beteiligt. In dem animierten Film-Meisterwerk „Waltz with Bashir“ dokumentierte er 26 Jahre später den mühevollen, engagierten und mutigen Prozess der Aufarbeitung traumatisierender Kriegserfahrungen und der

damit verbundenen Enttabuisierung der Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit dem Massaker von Sabra und Schatila, an dem die israelische Armee beteiligt war und bei dem falangistische Milizionäre innerhalb von zwei Tagen über 3000 Bewohner:innen der beiden palästinensischen Flüchtlingslager im Herzen Beiruts ermordeten.

[Weiterlesen](#)

Zeit: 21 bis 23.30 Uhr

Ort: Universität Hamburg, am Philosophenturm, Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg

Mit freundlichen Grüßen

Attac Hamburg

Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg - <https://attac.hamburg> - E-Mail: hamburg@attac.de

Hinweis: Die Mailingliste Attac Hamburg dient ausschließlich der Versendung des Newsletters und weiterer Informationen von Attac Hamburg, ist also nicht für Diskussionen gedacht. Auch Anfragen können dort nicht bearbeitet werden. Nachrichten für Attac Hamburg sind deshalb an die oben genannte E-Mail-Adresse zu schicken.